

AKTUELLE POST



aus dem Kreistag (15)

31. August 2013

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Die Kreistagssitzung am 28. August hatte einige unerwartete Aspekte zu bieten: Unsere Anträge bekamen von allen Seiten Unterstützung. Es ist Wahlkampf! Da will man sich nichts nachsagen lassen und stimmt schon mal Dingen zu, die man als 'ungefährlich' einschätzt.

Aktuelle Anfrage

Wir wollten unter diesem Punkt Fragen zu dem kürzlich verstorbenen Iraner, Kabiri Padarpour, stellen. Er war kurz nach einem Abschiebeversuch notoperiert worden und verstarb. Es ist noch nicht geklärt, inwieweit Ereignisse während des Abschiebeversuchs diese Notoperation verursacht haben. Da sind wir gemeinsam mit dem AK-Flüchtlinge dabei zu recherchieren. Doch die Fragen hätten für Aufmerksamkeit gesorgt. Und das ist dringend nötig, denn für den krebserkrankten Mann, der über 70 Jahre alt ist, bestanden Abschiebehindernisse. Es ist schon seltsam, dass es überhaupt dreimal versucht wurde, ihn abzuschicken. Uns wurden die Fragen verwehrt. „Aktuelle“ Fragen müssten schriftlich im Voraus gestellt werden. Bis wir das nun geklärt haben, ob dem so ist, wird Zeit vergehen.

Hier sind unsere Fragen:

*Ist es zutreffend, dass versucht wurde, einen krebserkrankten Mann, über 70 Jahre alt, dreimal abzuschicken – obwohl Abschiebehindernisse bekannt sind?
Sind Sie darüber informiert, dass dieser Mann nachdem dritten Versuch einer Abschiebung vor Kurzem nach einer Notoperation verstarb?*

Ist es richtig, dass der Mann, während er in Abschiebehaft saß, die Toilette nicht benutzen durfte und dies seinen Gesundheitszustand so verschlechterte, dass diese Notoperation nötig wurde?

Landrat Arnold ging von sich aus auf das Thema ein: unter 'Mitteilungen'.

Er sagte, dieser Abschiebeversuch sei vom Regierungspräsidium aus erfolgt und das Ausländeramt Wetterau habe damit nichts zu tun. Über den Sachverhalt berichtete er nicht.

Wir haben die Landtagsfraktion der Linken gebeten, Fragen an das Regierungspräsidium zu richten, um den Vorgang aufzuklären.

Ausländeramt Wetterau

Auf der Demonstration am 3. Juli sagte Landrat Arnold 'weitere Verbesserungen' beim Ausländeramt zu. Jetzt gibt es einen Film bei defacto im hr, der Problematisches ans Tageslicht bringt. Hier der link:

<http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/mediaplayer.jsp?mkey=49445171&rubrik=45534>

Bitte etwas scawlen, denn es ist nicht der erste Beitrag der Sendung. Titel: „Im Zweifel lieber abschieben? Ausländerpolitik im Wetterau-Kreis“

Unser Antrag: Eintritt in die Schutzgemeinschaft Vogelsberg

Dieser Antrag wurde nicht im Ausschuss RUE besprochen und deshalb wurde der Punkt von der Tagesordnung genommen. Der Ausschuss RUE hatte nur diesen einen Tagesordnungspunkt und deshalb haben sie ihn ausfallen lassen.

Nach Rücksprache mit der Schutzgemeinschaft Vogelsberg hätten wir gegen eine endgültige Abstimmung agiert und gefordert, dass die SGV zur Ausschuss-Sitzung eingeladen wird. Das ist nämlich – trotz Ankündigung – nicht geschehen.

Die Schutzgemeinschaft hofft auf eine Klärung. Wir sehen das kritisch mit dieser Verzögerungstaktik - aber wir unterstützen die SGV.

Einstmals ist der Wetteraukreis auf Antrag der Grünen der SGV beigetreten.

Die ungebremste Grundwasserentnahme hatte ernsthafte Folgen: in den Kommunen an den Hängen des Vorgelberges sackten die Häuser ab und bekamen Risse, der Eichenbestand drohte zu vertrocknen und es war ja auch schon zweimal die Niddaquelle ausgetrocknet.

Jetzt haben die Grünen in der Koalition mit SPD und FDP nicht den Mumm, für die Mitgliedschaft einzutreten.

Unser Antrag: Noteltern

Wir haben einen Antrag gestellt, die Kürzungen des Entgelts bei den ambulanten Pflegeeltern (Noteltern) zurückzunehmen. Die Kürzungen waren zum Jahresbeginn 2013 in Kraft getreten.

Außerdem soll zu dem System zurückgekehrt werden, die Leistungen im Voraus zu zahlen und nicht von den Pflegeeltern in Vorleistungen zu verlangen.

Bis 31.12.2012 erhielten die Noteltern einen Tagessatz von 70 Euro.

Ab dem 1. Januar 2013 wurden die Leistungen wie folgt gestaffelt:

von der 1. bis zur 4. Woche der Inobhutnahme 70 Euro

von der 5. bis zur 8. Woche der Inobhutnahme 50 Euro

ab Beginn der 9. Woche der Inobhutnahme 35 Euro

Vorgesehen ist ein Aufenthalt bei den Noteltern bis zu drei Monaten. Doch bis zur Klärung der Perspektive des Kindes vergeht nicht selten ein Jahr oder mehr.

Wir begründeten diese Forderung damit, dass Bereitschaftspflegeeltern eine sehr engagierte Arbeit leisten, die von ihnen erheblichen persönlichen Einsatz erfordert. Das ganze Familienleben muss auf das Kind eingestellt werden. Ambulante Pflegeeltern gewährleisten in einem akuten Notfall die Unterbringung eines traumatisierten Kindes. Dadurch wird weiterer Schaden vom Kind abgehalten. Die Kinder kommen mit körperlichen und seelischen Verletzungen zu den Pflegeeltern. Sie benötigen über längere Zeit intensivste Zuwendung und Betreuung.

Den Antrag findet ihr unter diesem link:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/256-r%C3%BCcknahme-der-k%C3%BCrzungen-f%C3%BCr-noteltern.html>

Hier unsere Rede:

*„Frau Kreistagsvorsitzende,
meine Damen und Herren,
Herr Betschel-Pflügel.*

Sie haben selbst in der Presse darauf hingewiesen, dass die Zahl der Inobhutnahmen gestiegen ist.

Wir sagen ausdrücklich: es ist gut, wenn ein Leitfaden zum Themenkomplex Kindesmisshandlung erstellt und eine Zusammenarbeit mit Schulen angestrebt wird. Aber es kann nicht sein, dass diejenigen, die nach einer Inobhutnahme die wichtigsten Menschen sind – nämlich die Noteltern – drastische Kürzungen beim Entgelt hinnehmen müssen.

Bis zum 31. Dezember 2012 erhielten die ambulanten Pflegeeltern/Noteltern einen Tagessatz von 70 Euro.

Ab dem 1. Januar 2013 werden im ersten Monat 70 Euro gezahlt, im zweiten 50 Euro und ab dem dritten 35 Euro.

Vorgesehen ist ein Aufenthalt bei den Noteltern bis zu drei Monaten. Doch bis zur Klärung der Perspektive des Kindes vergeht nicht selten ein Jahr oder mehr.

Denken Sie, dass zum Beispiel 1050 Euro (35 Euro mal 30 Tage), ein angemessenes Entgelt ist? Zumal davon noch Unkosten abgehen.

Selbst 70.- € für eine Unterbringung mit Vollversorgung und 24 Stunden/7 Tage pro Woche Betreuung würde als Bezahlung von "professionellen" Dienstleistern wohl kaum akzeptiert.

Somit leisten Bereitschaftspflegeeltern schon dadurch eine besondere Dienstleistung an der Allgemeinheit, indem sie für relativ wenig Geld eine höherwertige Leistung erbringen, als die Bezahlung von 70.- € darstellt.

DIE LINKE kritisiert in diesem Zusammenhang, dass mit der Kürzung der Leistungen in Kauf genommen wird, dass ambulante Pflegeeltern abspringen, weil es sich für sie finanziell nicht mehr rechnet. Sollen sie das jetzt ehrenamtlich machen?

Herr Betschel-Pflügel verwies die ambulanten Pflegeeltern darauf, dass sie mit 35 Euro über dem Satz der Vollzeitpflege von anderen Pflegefamilien liegen. Deren Tagessatz beträgt 26 Euro.

Dass die Inobhutnahme in einem Notfall, mit einem traumatisierten Kind, mit der Situation anderer Pflegefamilien nicht vergleichbar und der Einsatz der Eltern sehr hoch ist, weiß Herr Betschel-Pflügel sicher. Deshalb ist diese Begründung für die Kürzungen nicht stichhaltig. Im Gesamtbericht zum 31. 12. 2012 wurde deutlich, dass im Bereich Soziale Dienste 2,5 Millionen eingespart wurden. Es mag ein Ziel sein, das Defizit des Wetteraukreises zu senken. Doch dies kann nicht zu Lasten dieses enorm wichtigen Bereichs des Kinderschutzes gehen.

Die Debatte

zeigte, dass CDU und Freie Wähler unseren Antrag unterstützen. Sie verwiesen darauf, dass Betschel-Pflügel in der Presse dringend nach Pflegestellen suchte. Das passt nicht damit zusammen, dass jetzt das Entgelt gekürzt wird. Auch behaupteten die Freien Wähler, sie hätten diese Kürzung nicht beschlossen. Dabei war sie Teil des Haushalts 2012/2013.

Betschel-Pflügel musste ziemlich unlogisch argumentieren: In anderen Kreisen sei das Entgelt viel niedriger als bei uns. Die Kinder verblieben zu lange bei den Noteltern und bauten eine Bindung auf. Die Trennung sei dann ein Problem. Man wolle Druck machen, dass die Kinder früher eine endgültige Bleibe erhalten.

Wo er recht hatte: Man hätte in der 'Systematischen Aufgabenkritik' der Consultingfirma, die den Kreis für die Haushaltskonsolidierung beraten hatte, bereits sehen können, dass Kürzungen geplant waren. DIE LINKE hatte deswegen gegen den Haushalt 2012/2013 gestimmt. CDU und FWG waren dafür.

Wir sprachen gegen Betschel-Pflügel: Die Eltern können nichts für die lange Verweildauer. Sie haben es nicht in der Hand, wie lange die Gutachten, juristischen Klärungen und Entscheidungen des Jugendamts dauern. Sie sind die Falschen, bei denen man Druck machen kann. Es ist ein reines Sparprogramm auf dem Rücken der Noteltern und damit der Kinder.

Der Antrag wurde von SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Alle anderen Parteien stimmten dafür. So war die Ablehnung ziemlich knapp.

Unser erneuter Antrag: Nassauische Heimstätte

Wir stellten den Antrag, nachdem in der Presse zu lesen war, dass die nassauische Heimstätte in der Rhein-Main-Region Wohnungen bauen will und dafür 1 Milliarde Euro ausgeben möchte.

Ihr findet den Antragstext unter dem link:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/257-wohnungen-in-der-wetterau-bauen.html>

Das ist unsere Rede:

*„Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
meine Damen und Herren,*

*mehrere Studien - unter anderem des Prestel-Instituts vom Frühjahr 2012 - zeigen auf, dass im Wetteraukreis bis 2017 ca. **2780** fehlen werden. Vor allem bezahlbare Mietwohnungen. Dies bestätigt auch der Bericht des Wetteraukreises vom 26. Juni 2013 „Sozialer Wohnungsbau im Wetteraukreis“. Hier wurde deutlich, dass diese Wohnungen nicht erst 2017 fehlen werden, sondern bereits jetzt fehlen.*

*Eine erneute Studie des Prestel-Instituts vom Juni 2013, im Auftrag des Verbändebündnisses „Wohnen 65 plus“, dem auch der VDK angehört, belegt in eindringlich: im Jahr 2035 werden **9540** altersgerechte, barrierefreie Wohnungen fehlen. Dies wird auch in einem Artikel der Frankfurter Neuen Presse vom 31.07.2013 thematisiert.*

Dies zeigt deutlich, dass der Resolutionsantrag meiner Fraktion, den Sie bei der letzten Kreistagssitzung am 3. Juli 2013 abgelehnt haben, notwendig war: Jede Möglichkeit, sozialen Wohnungsbau anzukurbeln oder in die Wetterau zu holen muss genutzt werden!
In einem Artikel vom 16. Juli 2013 in der Wetterauer Zeitung wurde nun mitgeteilt, dass die Nassauische Heimstätte – Wohnstadt, ein Investitionsprogramm auflegen wird, dass den Bau von 3500 Wohneinheiten im Wert von einer Milliarde Euro, sowie weitere 600 Millionen Euro für Modernisierung und Instandhaltung des bestehenden Wohnungsbestandes, beinhaltet.

Diese Ankündigung können wir nur begrüßen.

Auch der Wetteraukreis ist Anteilseigner an der Nassauischen Heimstätten-Wohnstadt. Aus diesem Grund stellen wir den vorliegenden Antrag, damit auch der Wetteraukreis von diesem Investitionsprogramm profitiert.

Eine Verweisung in die Ausschüsse lehnt meine Fraktion ab. Der Antrag soll nicht wieder ein Jahr im Ausschuss versauern.“



Der Antrag wurde angenommen. Der Friedberger Bürgermeister Keller gab die Entscheidung der Koalition bekannt. Nachdem wir ihn vor 14 Tagen mit einem Transparent sehr geärgert hatten, wollte er das Thema aus dem Wahlkampf heraushalten. Friedberg hatte ca. 300 städtische Wohnungen

verkauft und die SPD machte nun eine Wahlkampftour durch die housing-area, um sich für 60 neue Wohnungen zu feiern. Mit einem Gelenkbus fuhren sie durch das Gelände und hatten ihren Spitzenkandidaten Schäfer-Gümbel im Schlepptau.

Unser Antrag: Integrationsbeauftragte/r für den Wetteraukreis

Dieser Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Sie halten es für ausreichend, wenn ein Mitarbeiter der Verwaltung nur einen Teil seiner Arbeitszeit für die Integration aufwendet. Dabei ist selbst das nicht sicher: denn dieser Mitarbeiter hatte die dringende Aufgabe, sich um Flüchtlingsunterkünfte im Kreis zu kümmern und war damit sehr stark beansprucht.

Die NPD stellte einen Ergänzungsantrag, zu dem wir am Ende dieses Absatzes berichten.

Hier unser Antrag:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/255-einstellung-eines-integrationsbeauftragten.html>

Unsere Rede:

„Frau Kreistagsvorsitzende,

meine Damen und Herren,

Integration wird von der hessischen Landesregierung als wichtige Aufgabe gesehen.

Andere Landkreise haben Integrationsbeauftragte benannt.

Das hat offiziell auch der Wetteraukreis getan. Doch der Mitarbeiter hatte dafür keine ganze Stelle. Er erledigte diese Aufgabe mit einem Teil der verfügbaren Arbeitszeit.

Inzwischen bestand Bedarf, die Flüchtlinge im Wetteraukreis unterzubringen und Unterkünfte dafür aufzutun. Diese wichtige Aufgabe übernahm der Mitarbeiter dankenswerter Weise.

Wir glauben nicht, dass diese Querschnittsaufgabe – Integration – überhaupt nebenbei zu erledigen ist oder mit einem Teil einer Vollzeitstelle.

Denn was gehört dazu? Es soll vor Ort gestalterisch Integrationspolitik gemacht werden.

Also muss der derzeitige Stand der Integration von Migranten erfasst werden. Es müssten

Konzepte – oder wenigsten ein Konzept – erstellt werden, wie die Integration verbessert werden kann. In allen Aufgabenbereichen arbeitet ein/e Integrationsbeauftragte/r eng mit

kommunalen Migrant/inn/envertretungen, Verbänden, Organisationen, Initiativen,

zusammen. Er/sie steht in Kontakt mit dem hessischen Integrationsbeirat, den Verbänden/ Einrichtungen des Arbeitsmarktes, den politisch Verantwortlichen verschiedener Ebenen, den Glaubensgemeinschaften, Schulen und Berufsschulen.

Möglich wäre auch die Wahrnehmung der Rolle einer/s Ombudsfrau/mannes als unabhängige/r Ansprechpartner /in bei Konfliktfällen.

Auch im Wetteraukreis ist ein dauerhafter Dialog der gesellschaftlichen Akteure nötig.

Das kann die Stabsstelle Integration in der derzeitigen Ausrichtung nicht leisten. Sie ist ein einzelner Akteur – und das noch in Teilzeit.

Notwendig wäre jedoch eine übergreifende Arbeitsweise unter Einbeziehung aller Akteure, wozu eine Vollzeitstelle nötig ist.“

Die NPD stellte dazu einen Änderungsantrag, dass ein Ausländerrückführungsbeauftragter eingestellt werden solle.

Wir hielten eine kurze Argumentation für nötig: Nicht nur, dass Deutschland Fachkräfte wirbt, die es dringend braucht: Arbeitnehmer/innen bezahlen Steuern, zahlen in die Sozialkassen ein. Unternehmen, von Menschen mit Migrationshintergrund geführt, stellen Arbeitsplätze zur Verfügung und bilden aus. Es besteht vor allem für Deutschland eine Verpflichtung, Asylsuchende aufzunehmen. Unser Asylrecht ging hervor aus den leidvollen Erfahrungen, der Verfolgung, der Vernichtung deutscher Antifaschist/inn/en. Es ist unerträglich, dass eine faschistische Partei hier im Parlament sitzen kann und ausländerfeindliche Hetze verbreitet.

Unser Antrag: Abfallwirtschaft Wetteraukreis

Dieser Antrag wurde in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Energie verwiesen. Wir berichten darüber in der nächsten „Post“. Auf der homepage ist er eingestellt.

Unsere Anfragen:

Leider konnten wir noch nicht alle Anfragen auf der homepage aktualisieren. Wir haben gefragt zum Umgang mit Sanktionen beim Jobcenter und zu internen Dienstanweisungen dort und zum Thema: „Regenerative Energie und Bürgerbeteiligung“ Sobald uns der Wahlkampf ein wenig Luft lässt, werden wir die Anfragen einstellen.

Zuletzt noch ein Hinweis auf ein nächstes Kreistagsthema: Es ist geplant, eine Betreibergesellschaft für die Radiologie in Bad Nauheim zu gründen. Ärzte und andere „Investoren“ sollen sich einkaufen können. Insgesamt sollen 49% der Anteile verkauft werden. Wir haben im Ausschuss gefragt, wieso eine so gewinnträchtige Sparte, wie die Radiologie, nicht von der Gesundheitsgesellschaft des Kreises betrieben wird. Die Antwort war: sie wollen Fachkompetenz einkaufen. Mit Beteiligungen. Der vorgelegte Gesellschaftervertrag weist zudem erhebliche Lücken auf: viele Dinge werden nicht festgeschrieben und der Kontrolle durch das Parlament ist das Ganze sowieso entzogen. Wir werden darüber noch berichten.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi